

WAZ  
✓  
22.11.14

# Kraft: Mit mir wird es kein Fracking geben

Ministerpräsidentin: Das ist in NRW nicht zu verantworten



**NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (l.) besuchte im Mai 2013 die Fracking-Bohrstelle bei Dawson Creek in Kanada. Nach dem Besuch stand für sie fest: Diese Fördertechnik wird in NRW nicht zugelassen.**

FOTO: DPA

Von Tobias Blasius  
und Miguel Sanches

**Düsseldorf/Berlin.** NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat ihr klares Nein zum Fracking bekräftigt. „Ich bleibe bei dem, was ich immer gesagt habe: Solange ich in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsidentin bin, wird es hier kein Fracking für die unkonventionelle Erdgasförderung geben“, sagte sie der WAZ.

Sie werde den von der Bundesregierung angekündigten Gesetzentwurf, der das Freipressen von Gas aus tiefen Gesteinsschichten unter Auflagen ermöglichen soll, genau prüfen und „gegebenenfalls im Bundesrat für Änderungen kämpfen“, so Kraft. „Für mich ist völlig klar, dass Fracking mit gravierenden ökologischen Folgen in unseren dicht besiedelten Regionen

nicht verantwortbar wäre“, sagte die Ministerpräsidentin weiter.

Dabei gehe es nicht nur um mögliche Gefahren für das Grundwasser durch Chemikalien-Einsatz, sondern auch um einen massiven Eingriff in die Natur wie zum Beispiel durch enormen Wasserverbrauch oder Lkw-Verkehr, betonte Kraft. Die nordrhein-westfälische SPD-Chefin war im Frühjahr 2013 nach Kanada gereist, um eine Fracking-Station zu besuchen. Unter dem Eindruck von Lärm und Landschaftsverbrauch dort legte sie sich fest, diese Fördertechnik im Münsterland oder am Niederrhein nicht zuzulassen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) stellte derweil in einem Schreiben an ihre Parteibasis in Kleve klar, dass zwar ab 2018 das kommerzielle Fracking im Schiefer- und Kohleflöz-

gestein genehmigt werden könne, wenn eine Expertenkommission die Unbedenklichkeit bescheinige. Aber: „Die tatsächliche Genehmigung bleibt in der Verantwortung der zuständigen Bergbau- und Wasserbehörden der Länder, die durch das Votum der Expertenkommission nicht gebunden sind“, heißt es in dem Schreiben, das der WAZ vorliegt.

Gegen das Fracking-Gesetz rebellieren auch Teile der Unionsfraktion im Bundestag. Der CDU-Abgeordnete Andreas Matfeldt beklagte, dass bei der Gasförderung Lagerstättenwasser anfallt, das mit Benzol und Quecksilber belastet sei. Hendricks gehe in ihrem Gesetzentwurf darauf nicht ein. Hinter ihm versammelten sich vor allem Abgeordnete aus Niedersachsen, aber auch „viele“ aus NRW, sagte Matfeldt.